

DENK!

MA!!

Exklusiv zur Veröffentlichung Eurer Meinungen!

Ausgabe Nr. 4

Monatszeitschrift

März/April 2009

Massoud Harun-Mahdavi, 85716 Unterschleißheim

Der Countdown läuft

Im Herbst steht allen Bundesbürgern die nächste Bundestagswahl bevor, deren Ausgang erneut schwierig vorherzusagen ist. Die Wähler sind, was die Parteien angeht unentschlossener als beim letzten Mal.

Seitdem das Ausmaß der Wirtschaftskrise sich Ende 2008 abzuzeichnen begann, hat der Countdown ganz besonders für die Große Koalition noch lauter begonnen.

Vorschläge, Pläne und die Vorgehensweise der Großen Koalition zur Bewältigung der Wirtschaftskrise verunsichern mittlerweile selbst die Stammwähler.

In den letzten Wochen macht die Große Koalition nur noch durch Vorschläge und Gegenvorschläge auf ihre faktische Handlungsunfähigkeit aufmerksam.

Das jüngste ARD-Sonntagsinterview von Kanzlerin Merkel, mit der unmissverständlichen Absichtserklärung, trotz einer entschiedenen Absage zur Fortsetzung der Großen Koalition, diese bis zum bitteren Ende ordnungsgemäß führen zu wollen, ist der Beweis für den greifbar nahen BIG BANG der Koalition.

Die schon aus eigenen Reihen als zu harsch bezeichnete Kritik von Parteichef Müntefering an Kanzlerin Merkel wirkt wie neues Öl auf das lodernde Feuer des Koalitionsstreits.

Anstatt an einem Strang zu ziehen, wetteifern die beiden großen Parteien in der Verbreitung unausgereifter Ideen. Jede der Parteien nimmt die Lanze der Bürgergerechtigkeit auf der einen und das Schild des Protektionismus und der Industriewohlfahrt zur Rettung von milliarden-schweren Banken und Industrieunternehmen auf der anderen Seite in die Hand. Das Ganze nur, um sich wieder ideologisch und programmatisch gegeneinander abzusetzen und ihr traditionelles Fußvolk noch rechtzeitig zu den Wahlen hinter sich zu scharen.

Fortsetzung weiter auf Seite 4

Wilhelm Dietl, 93402 Cham

Mission Impossible

Der bislang letzte Libanonkrieg geht auf das Jahr 2006 zurück. Zwischen dem 12. Juli und dem 8. September 2006 kämpften Israels Armee und die libanesische Islamisten-Miliz Hisbollah zu Lasten der Zivilbevölkerung beider Seiten. Der offizielle Anlass des Feldzugs war die Entführung zweier israelischer Soldaten durch Kräfte der Hisbollah. Israel antwortete mit schweren Luftangriffen auf zahlreiche Ziele im nördlichen Nachbarland. Hisbollah revanchierte sich mit Raketen, die den ganzen Norden des Landes trafen. Dann marschierten Jerusalems Truppen ein. Es kam zu erbitterten Gefechten, in deren Verlauf 119 Invasoren getötet wurden. Gleichzeitig starben bei der Schiitentruppe 250 Kämpfer. Laut israelischen Angaben sogar mehr als das Doppelte. 1191 libanesische Zivilisten wurden getötet, weitere 4409 verletzt.

Nach einem ursprünglichen Waffenstillstand vom 14. August 2006 dauerten die Scharmützel noch einige Wochen an. Als die israelische Armee den Rückzug startete, hatte sie ihren Nimbus der Unbesiegbarkeit verloren. In

Fortsetzung weiter auf Seite 3

Inhalt:	Seite
„Der Countdown läuft“, M. Harun-Mahdavi	1
„Mission Impossible“, W. Dietl	1
„Mein Freund, das CO ₂ “, K.-H. Nagel	2
„Das Projekt Sopron“, W. Fuhrmann	7
„Ein Text zum Schmunzeln“, E. Philipp	8
„Nachlese zu Denk! Mal! #2“, F.J. Schoeller	8
Über den Herausgeber	8
Impressum	8

Viele Menschen würden eher sterben als denken. Und in der Tat: Sie tun es!

Sir Bertrand A.W. Russell

Karl-Heinz Nagel, 83257 Gstadt

Mein Freund, das CO 2

Viele werden stutzen, wenn ich das CO 2 so freundschaftlich behandle. Das mag daran liegen, dass – ich schätze 80 – 90 % unserer Mitbürger – nicht wissen, was sie hoffentlich in ihrer Schulzeit über Photosynthese gehört und auch hoffentlich verstanden haben, nämlich die mit Hilfe des Sonnenlichtes erfolgende Aufspaltung des CO 2 zu Kohlenhydraten etc. unter Abspaltung von Sauerstoff.

Viele erinnern sich natürlich an die mit Sauerstoff angereicherte Luft z.B. in den Wäldern. Aber ohne CO 2 können Bäume und Pflanzen weder Sauerstoff in die Atmosphäre entlassen noch könnten Pflanzensubstanzen aufgebaut werden, die uns Nahrung (Feldfrüchte, Obst etc.) ernten lassen, kein Baum, kein Strauch, kein Grashalm könnte wachsen – ohne meinen Freund, das CO 2. Woher sollten denn die Pflanzen den Kohlenstoff beziehen als aus der Atmosphäre, unserer Luft, denn aus dem Ackerboden kann die Pflanze den Kohlenstoff nicht beziehen.

Soweit also der kleine Rückblick in den Biologie-Unterricht.

So weit – so gut! Aber woher kommt denn dann die Verunglimpfung des CO 2, das wir ja in unserem Körper produzieren, wenn wir die Nahrung „verbrennen“, die wir uns zuführen? – die unsere Körperwärme auf 37 °C hält? Denn – ohne CO 2 gäbe es kein Leben auf unserer Erde.

Eine grobe Luftanalyse hilft uns weiter:

Stickstoff ca. 79 %

Sauerstoff ca. 20 %

CO 2 ca. 1 %

Edelgase etc. in Spuren.

Wenn heute einige Großmäuler das CO 2 verteufeln, so liegt es zunächst daran, daß sie von dem bisher Gesagten null Ahnung haben.

Es ist richtig, wenn behauptet wird, dass das Verbrennen der fossilen Brennstoffe wie Kohle, Erdöl, Erdgas die Mengen an Kohlenstoff- bzw. CO 2 in die Atmosphäre entlassen, die vor vielen Millionen Jahren in den Erdschichten eingelagert wurden. Riesige Wälder in der Steinzeit hatten den Kohlenstoff gebunden, und wir in der Neuzeit machen uns darüber her, verbrennen riesige Mengen an Kohle und verprassen das kostbare Erdöl in unserem mobilen Zeitalter.

Es wäre interessant, zu wissen, ob denn die riesigen Wald- und Steppenbrände in unserer Frühgeschichte den CO 2-Pegel in der Luft um mehr als ein Zehntelprozent beeinflusst haben.

Wahrscheinlich ist vielmehr, dass der natürliche Kreislauf in der Natur – also die Photosynthese – ein zuverlässiger Regulator ist und für einen gleich bleibenden CO 2-Pegel in der Atmosphäre sorgt.

Man schreibt oder hört oft auch im Zusammenhang mit CO 2 vom sog. Klimakiller, Treibhausgas – alles „dummes Gerede“ von Mitmenschen, die alles nachplappern, ohne kritisch zu denken.

Kritisch sollten wir die Zunahme an Milchvieh in den Ställen unserer Milchbauern ins Auge fassen, ist doch bekannt, dass Kuhfärse einen hohen Methangehalt haben. Das Methan ist leichter als Luft und darum in den höheren Schichten der Atmosphäre angereichert, beeinflusst den Klimawandel weitaus mehr als das schwere CO 2 das sich im erdnahen Bereich der Atmosphäre befindet. Verwunderlich, dass die „Klimaschützer“ noch keine Katalysatoren für die Kuhpopos fordern.

Der Mensch hat es in der Erdgeschichte – der er ja noch nicht lange angehört – nie geschafft und wird es auch nie schaffen, Klimaveränderungen auszulösen. Die Erdgeschichte liefert uns dafür Beispiele alleine in Deutschlands Geologie, wo wir Wüstenphasen nachweisen können die Millionen Jahre währten und von Eiszeiten, deren letzte vor 30.000 – 10.000 Jahren zu Ende ging. Wenn sich also bei uns eine solche Veränderung zeigt, so freuen wir uns doch auf mildere Winter, auf mediterranes Wetter und sonnigere Tage – wir können es eben nicht beeinflussen.

Kosmische Ursachen wie Veränderungen auf der Sonne, die Verlagerung der Pole etc. können wir - Gott sei Dank - nicht regulieren.

Was wir aber können ist:

Keine neuen Kohle- bzw. Gaskraftwerke zu bauen, denn die Kernkraft ist und bleibt die einzig umweltfreundliche Energieform, die unserem steigenden Bedarf gerecht wird, wenn zielgerichtet und ohne Massenhysterien die Endlagerung auf den höchstmöglichen Sicherheitsstandard gebracht werden kann.

Wie sollte denn der Bedarf an elektrischer Energie gedeckt werden, wenn wir auf Elektroautos umsteigen? Mit „Windmühlen“ u. ä. Kleinkram schaffen wir das nicht. Wer über den CO 2-Ausstoß zu Unrecht – wie wir nun wissen- jammert, der kann es aber nicht hinnehmen, dass auf unseren Autobahnen jeder rasen kann wie er will. Es ist halt von der Geschwindigkeit eines Fahrzeugs abhängig, wie viel Sprit auf 100 km verbrannt wird.

Die Schreihälse sollen endlich 120 km/h auf der Autobahn und 90 km/h auf Landstraßen als Gesetz fordern. Es ist eine Wohltat, in der Schweiz auf Landstraßen und

Fortsetzung weiter auf Seite 6

„Mission Impossible“

Fortsetzung von Seite 1

Israel wurde offiziell gefeiert, obwohl genaue Kenntnis der Umstände eher auf eine Niederlage hindeuteten. Der „33-Tage-Krieg“ des Jahres 2006 brachte Israel weder Ruhm noch Ehre, höchstens eine ziemlich teure Entspannung an der Nordfront. Die Gesamtlage wurde spätestens 2008/09 durch den Krieg gegen die Hamas im Gaza-Streifen wieder verschärft.

Nach dem Ende der Kämpfe im Libanon sahen sich die Vereinten Nationen veranlasst, die Friedenstruppen im Zedernstaat zu verstärken. Die dortige Mission nennt sich UNIFIL oder „United Nations Interim Force in Lebanon“ und existiert bereits seit März 1978. Damals war sie als Reaktion auf Israels sogenannte „Operation Litani“ gegründet worden, einem Vorstoß bis über den Fluß Litani im Süden des Landes. UNIFIL überwacht den brüchigen Waffenstillstand an der Schnittstelle zwischen dem Land der Juden und dem der Schiiten und kümmert sich um die Räumung von Minen. Das sind die Aufgaben der rund 12 700 Angehörigen von UNIFIL.

Am 20. September 2006 beschloss der Berliner Bundestag die Endsendung von bis zu 2400 Soldaten zur UN-Mission im Libanon. In der Folge wurden 900 deutsche Soldaten der UNIFIL zugeordnet. Von Oktober 2006 bis Februar 2008 führte die Bundesmarine das Kommando über die „Maritime Task Force“ (MTF), die aus elf Schiffen von EU-Ländern und der Türkei besteht. Die Bundeswehr war mit drei Schiffen und rund 140 Soldaten vertreten. An dieser Präsenz hat sich bis heute nichts geändert. Die Deutschen sichern das Mittelmeer vor der libanesischen Küste, versuchen Waffenschmugglern auf die Spur zu kommen, um damit – wie es der Verteidigungsminister einst ungeschickt formulierte – unseren Verpflichtungen gegenüber Israel nachzukommen.

Man ahnt es bereits. Auch die deutsche UNIFIL-Mission ist vor allem eine Sache der Optik. Seit mehr als zwei Jahren werden melodramatisch Schiffe gefilzt, die sich der libanesischen Küste nähern. Gefunden wurde bislang nichts von Belang. Jeder weiß, dass der Waffennachschub der Hisbollah von der geographischen Gegenseite, durch die absolut löchrige syrische Grenze, kommt. In Syrien und im Iran sitzen die Alliierten der Hisbollah. Sie haben es in den letzten 30 Monaten

verstanden, ihre aggressiven Schützlinge neu aufzurüsten. Hisbollah ist heute stärker als vor dem Krieg von 2006, die UN-Mission zur Waffenkontrolle damit gescheitert.

Beispiele: Nach dem Einmarsch der israelischen Armee wurden 2006 fünfzig schwere Kampfpanzer der Marke „Merkava“ von russischen Panzerabwehrraketen des Typs AT-13 Metis-M zerstört. Dabei kamen 50 Soldaten ums Leben. Mehr als 100 wurden verletzt. Die brisanten Waffen hatte Teheran für Hisbollah eingekauft. Inzwischen soll hoch effektiver Nachschub eingetroffen sein, unter anderem auch schultergestützte Flugabwehrraketen des Typs SA-18. Und dazu besser steuerbare Raketen, als die bisher eingesetzten, ungenauen Katjuschas aus iranischen und syrischen Beständen. Die Hisbollah-Strategen gaben im Dezember sogar bekannt, dass sie in Moskau zehn Kampfflugzeuge des Typs MiG-29 ordern würden. Damit scheinen sie aber nur provozieren zu wollen. Denn Israel könnte mit der Abwehr von modernen Jets sicherlich besser umgehen als mit versteckten Sprengfallen an den Straßenrändern des Südlibanon. Eine solche Aussage zeigt jedoch, wo die ambitionösen militärischen Wunschträume der Hisbollah liegen.

Das Manöver der Bundesmarine vor der östlichen Levante hat bisher militärisch wenig gebracht und nur Kosten produziert. Die Waffenschmuggler lassen sich dadurch nicht stoppen. Das deutsche UNIFIL-Engagement muss also vor allem im Rahmen der Außenpolitik gesehen werden, im Rahmen einer traditionellen deutschen Fürsorge zugunsten des Staates Israel. Das Mandat wird einmal im Jahr durch den Bundestag erneuert. Derzeit gilt es bis zum 15. Dezember 2009, also bis nach der Parlamentswahl.

Auch die Bundeswehr, deren Kapazitäten in Afghanistan, im Kosovo und am Horn von Afrika längst überstrapaziert sind, sollte gelegentlich nach Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten agieren und nicht nur auf „politische Erfolge“ (so die Definition des Inspektors der Marine, Vizeadmiral Nolting bei einer Kommandeurstagung im Januar 2009) schielen. Weniger wäre auch bei denen mehr, die sich trotz karger Zeiten immer noch ungebremst aus dem Sack mit den Steuergeldern bedienen dürfen. *

„Der Countdown läuft“*Fortsetzung von Seite 1*

In Cowboymanier abgegebene Schnellschüsse der Regierung und Parteien, wie z.B. die übereilte Einführung der Abwrackprämie, können nur kurzfristige Wirkungen haben. Damit ist die Bevölkerung wieder einmal mit der Prostitution der Parteien um Wählerstimmen konfrontiert, die in riesigem Ausmaß auch noch zu Lasten der Steuerzahler geht. Die ursprünglich nur bis April gedachte Abwrackprämie wurde, wie den Presseberichten zu entnehmen ist, sehr positiv angenommen; aber was geschieht, wenn all die Kleinwagenkäufer ihre Konten geplündert haben und die Kapazität der Staatskassen voll ausgeschöpft ist?

Es stellt sich die Frage, ob die Bundesregierung tatsächlich davon ausgegangen war, dass die Wirtschaftskrise, der milliardenschwere renommierte Bankhäuser in Amerika und Deutschland mit Jahrzehnte langer Erfahrung zum Opfer gefallen sind, im April überstanden sein würde?

Jedenfalls ist in der Zwischenzeit Tatsache, daß Ende März beschlossen wurde, die Abwrackprämie bis Ende des Jahres 2009 fortzuführen. Schließlich hat man erkannt, daß die Automobilhersteller täglich Fahrzeuge produzieren und auch verkaufen müssen, um ihre Angestellten und die Zulieferer weiter bezahlen zu können. Es stellt sich aber die Frage, ob angesichts der Kosten für die Staatskassen, diese Prämie nun weiter tatsächlich in voller Höhe ausbezahlt werden sollte!

Können solche Steuergeschenke die Folgen der Wirtschaftskrise, bei der noch weitere Kurzarbeit und Entlassungen zu erwarten sind, wirklich mildern? Es bleibt abzuwarten, welche Vorschläge in diesem Zusammenhang noch kommen werden.

Absoluter Hohn ist es jedenfalls, daß der Staat sich bereit zeigt, bankrotte Banken – wiederum auf Kosten der Steuerzahler - selbst zu übernehmen. Der „Kleine Mann“ oder mittelständische Unternehmen werden bei Ausbleiben von Zinszahlungen oder Steuerrückständen ohne mit der Wimper zu zucken vor das Gericht gezerrt, und die Familien auf die Straße gesetzt.

Hat die Regierung überhaupt mal nachgeforscht, wo die vielen Milliarden Gewinne aus den vorangegangenen Boom-Jahren geblieben sind? Daß einiges in die Boni der Vorstände geflossen ist, wissen wir aus der Presse.

Aus der Sicht der Bürger, haben sowohl Bundeskanzlerin Merkel als auch alle anderen Mitverantwortlichen der beiden ehemals großen Koalitionsparteien CDU und SPD auf voller Linie versagt. Ihr Versagen begründet sich nicht nur in der

Art des Umganges mit der Wirtschaftskrise, sondern in Ihrer Pflicht, die Bürger vor einer solchen Krise zu schützen. Auch die Wirtschaftsweisen und zuständigen Gremien der Regierung haben versagt.

Interpretiert man die prozentuale Verteilung der abgegebenen Stimmen der Bürger, so nimmt man an, daß die Mehrheit bei den letzten Wahlen wohl davon ausgegangen ist, dass die großen Parteien gemeinsam besser in der Lage sein würden, die Interessen aller Bürger der Bundesrepublik zu verwirklichen.

Danach muß es doch der Bevölkerung wie eine politische Verirrung erschienen sein, dass die SPD zwar auf der Bundesebene stets eine Zusammenarbeit mit der Partei der Linken öffentlich ablehnt, aber hinter der Hand, auf Landesebene, eine solche Koalition billigt. Ähnlich kokettiert die CDU jenseits der Regierungskoalition auch stets mit der FDP.

Die von den alten Rittern der CDU-Riege geführten harschen Kämpfe auf der Landesebene, die Wahllügen der SPD und die politische Krise der CSU sind bei den Landtagswahlen unmissverständlich quittiert worden. Diese Warnung sollten alle Parteien beherzigen. Den Parteien muß wieder mal klar gemacht werden, dass die Bürger nicht da sind, um wie eine Schafherde ihnen ihre Stimmen zugeben, sondern die gewählten Parteien die Verpflichtung haben, kraft der Volksstimme, diesem zu DIENEN.

An diesen Punkt trifft die Kritik am härtesten die Bundeskanzlerin. Frau Merkel war zum Abschluss des Wahlabends in der unvergesslichen Fernsehschlacht angetreten und hatte verkündet, vermeintliche Fehler des Ex-Kanzlers Schröder in der neuen großen Koalition wieder gut zu machen.

Blind vor Machteifer und trunken vor der Aussicht, die erste Kanzlerin der Bundesrepublik zu werden, hat sie übersehen, dass nach dem Machtvakuum der Post-Kohl-Ära und nach Abgang des mächtigen SPD-Kanzlers Gerhard Schröder, die Grundvoraussetzungen für eine solche Koalition denkbar ungünstig sein würden. Frau Merkel, so lautet der Vorwurf, ist als Kanzlerin ohne gewichtige Gefolgsleute und einer wirklichen Rückendeckung aus der eigenen Partei in diese Koalition eingestiegen.

Frau Merkel ist die Vorsitzende eines Kabinetts aus SPD, CDU und CSU-Ministern. Sie alle waren im Hinblick auf die bald folgenden Wahlen zu sehr mit ihrer

Fortsetzung weiter auf Seite 5

In einer Demokratie haben die Menschen die Wahl - die Politiker eine Verpflichtung!

„Der Countdown läuft“*Fortsetzung von Seite 4*

neuen Rolle als „Parteien der Mitte“ und der Konsolidierung ihrer Macht innerhalb der Koalition beschäftigt, als daß sie sich mit den wirklichen Aufgaben der Regierung befassen konnten.

Als Folge der internen Beschäftigung haben sie alle, einschließlich der Kanzlerin, die sich seit Herbst 2007 anbahnende Wirtschaftskrise förmlich übersehen.

Eigentlich müßte die aktuelle Regierung dieselben Konsequenzen aus ihrer Unfähigkeit ziehen, die man heute lautlos von vielen Bankvorständen, die für die Krise verantwortlich gemacht werden, auch fordert. Schließlich ist Frau Merkel die Vorstandsvorsitzende eines Vorstandsgremiums, das sich Regierung nennt. Verfehlt der Vorstand die gesetzten Ziele, so sind Konsequenzen gerechtfertigt. Aber welcher unserer Minister hat freiwillig die Konsequenz gezogen? Welche Konsequenz haben Frau Kanzlerin Merkel, Herr Vizekanzler Steinmeier und Herr Finanzminister Steinbrück für sich gezogen?

Jeder Bürger greift sich doch an den Kopf, als bekannt wurde, dass Bundesdeutsche Banken wertlose Finanzpapiere der US-Banken aufgekauft haben. Es mag die Gier der Banker gewesen sein, aber hätten die vielen Aufsichtsbehörden nicht diese immensen Transaktionen überwachen müssen?

Wenn heute ein Bürger mit einem ausländischen Namen mehr als 10.000,-€ auf eine ausländische Bank überweist oder aus dem Ausland erhält, wird er doch gleich massiv von mehreren Seiten unter die Lupe genommen. Unter anderem wegen des Verdachts auf kriminelle Umtriebe. Die Banken können milliardenweise wertlose Papiere kaufen und die Renten zigtausender Bürger in Gefahr bringen, ohne eine staatliche Kontrolle zu befürchten?! Wie wir in den letzten Monaten erfahren konnten, haben selbst Gemeinden und Städte und staatliche Abteilungen ihre Gelder bei Lehman & Co. angelegt gehabt.

Glaubt man den sinkenden Zahlen der Statistiken, dann läuft der Countdown für die SPD schon sehr lange, spätestens aber, seit Ex-Kanzler Schröder das Grundgesetz änderte, um deutsche Soldaten ins Ausland schicken zu können. Wir haben ein *Verteidigungs*ministerium, und unsere Soldaten sollten nur zur Verteidigung unseres Vaterlandes dienen und nicht machtpolitische Ambitionen anderer Staaten unterstützen.

Diese Heuchelei stinkt sowieso zum Himmel. Man unterstützt zwar den Antiterror-Krieg gegen die Taliban in Afghanistan, aber auf der anderen Seite haben weder die Schröder- noch die Merkel-Regierung je einen Hehl daraus gemacht, dass ihnen ihre Wirtschaftsbeziehungen zu eini-

gen Schurkenstaaten wichtiger sind als Sanktionsforderungen gegen Regierungen, die sogar offen zur Vernichtung anderer Staaten aufrufen. Auch Menschenrechtsverletzungen in diesen Ländern sind für die Bundesregierung angesichts eigener Wirtschaftsinteressen plötzlich zweitrangig. Das bekannteste Beispiel dafür ist die Islamische Republik Iran, die nach einhelligen Berichten renommierter Journalisten und Medienquellen in dringendem Verdacht steht, durch Waffenlieferungen und Finanzhilfen weltweit Terrororganisationen zu unterstützen, die unsere Soldaten im Ausland bedrohen (Jahresbericht der ai, Spiegelausgabe 30. März 2009).

Obwohl der Iran unter der Herrschaft der Islamischen Republik in bezug auf Menschenrechtsverletzungen auf der Liste der Menschenrechtsorganisationen fast ganz oben steht, führt die Merkel-Regierung die Handelsbeziehungen mit dem Iran ohne Rücksicht auf die Menschenrechtscharta fort. Wir erinnern uns, 1979 mußte der damalige Schah wegen seiner diktatorischen Regierungsform und der damals vorgeworfenen Menschenrechtsverletzungen schließlich dem Druck des US Präsidenten und späteren Friedensnobelpreisträgers Jimmy Carter und seiner westlichen Regierungskollegen aus Deutschland, Frankreich und Grossbritannien nachgeben.

Aber kehren wir zur SPD zurück. Auch ein designierter Kanzlerkandidat Steinmeier und ein Parteichef Müntefering können, angesichts des der Partei vorzuwerfenden politischen Verrates an Land und Bürger den Countdown nicht wirklich aufhalten, solange die gesamte Parteiführung nicht begreift, dass man Bürgerpolitik mit Sachverstand und nicht mit Parteiprogrammatik führen muß. Gesundheitsministerin Ulla Schmidt ist die beste Figur für die allzeit negative Auswirkung sturer Parteiprogrammatik, die in ihrem Ministerium seit Jahren anstelle von wissenschaftlicher und wirtschaftlich fundierter Sachpolitik angewandt wird. Dies hat zur Folge, daß neben den Fachexperten auch Landesregierungen sich nun gegen die Pläne des Gesundheitsministeriums stellen. Was aber natürlich Frau Schmidt nicht dazu bewegt hat, einen Deut von ihrer Parteiprogrammatik abzuweichen. Parteiprogrammatik hat ihre Daseinsberechtigung in der Kaderschmiede, aber nicht mehr wenn es um das Regieren eines 80-Millionen-Staates geht, der gerade aus den Wogen einer der schwersten Weltwirtschaftskrisen heraus manövriert werden muß!!! Der Begriff des „Tsunami“ wäre für das Ausmaß und die folgenschwere Auswirkung der Pleitewelle unter den Banken und Großfirmen wohl zutreffender als der Begriff „Krise“.

Fortsetzung weiter auf Seite 6

Menschen mit einer neuen Idee gelten so lange als Spinner, bis sich die Sache durchgesetzt hat!

Mark Twain

„Der Countdown läuft“*Fortsetzung von Seite 5*

Aber, auch für die CDU mit der Kanzlerin Merkel an der Spitze, wird der Countdown nicht weniger laut herunter gezählt. Frau Merkel täte gut, sich an den zwangsweise durchgeführten Neuerungen in der Schwesterpartei CSU ein Beispiel zu nehmen, noch bevor die Wähler die Stimmenkeule gegen ihre Partei geschwungen haben.

Frau Merkel hat, wie zuvor die Schwesterpartei, durch Mißstände in der Partei, durch falsche politische Entscheidungen, durch häufige Unentschlossenheit und wenig Mut zur Standfestigkeit, in den Augen der Wähler viel zu viele Fehler gemacht. Dadurch sind die konservativen Stammwähler in ihrer Wahlentscheidung verunsichert. Alles, was in der großen Koalition schief gegangen ist, wird in erster Linie der Kanzlerin und damit den beiden Schwesterparteien CDU und CSU angelastet.

Die Bürger fühlen sich, angesichts der noch nicht ganz überschaubaren Folgen des Wirtschaftstsunami, von den Parteien, die sich wiederum in einem internen Kampf um Neuorientierung und damit um Wählerstimmen befinden, im Stich gelassen.

Durch diese Art der Politik sieht der Bürger die Parteien CDU und SPD heute da, wo sie sich in den Wählerstimmen wieder finden, nämlich nicht mehr zur Bildung einer Alleinregierung fähig oder, auf den Punkt gebracht, für vertrauenswürdig. Die Bevölkerung vermißt einen politischen Landesvater bzw. eine Landesmutter. Das ist zurzeit ein europaweites Problem. Auf der gesamten politischen Bühne sehen die Menschen weder in Sarkozy noch in Putin/Medwedjew oder Brown etc. charismatische und vertrauenswürdige Persönlichkeiten, die die Welt auf einen neuen Weg in Frieden und Wohlstand führen könnten. Ein Obama wird angesichts der Vielfältigkeit der Aufgaben dies auch nicht alleine schaffen.

Der offensichtliche Countdown gilt aber auch für die kleinen Parteien, die sich jetzt in der Zeit der Wählerverwirrung profilieren könnten. Auch diese müssen bedenken: sie bekommen die Stimmen nicht, um sich in irgendeiner Weise politisch zu bereichern, sondern um eine mögliche Koalition im Sinne des Volkes zu führen und die Interessen der Bürger mit Erfolg zu vertreten.

Aus der Sicht des Volkes ist Frau Merkel als derzeitige Kanzlerin und mögliche Amtsanwärterin gefragt, um die Regierung und ihre Partei aus der Orientierungs- und das Land aus der Wirtschaftskrise heraus zu führen. Sie müßte

die Zeit bis zu den Wahlen nutzen und durch richtige Entscheidungen sich dieses Amt möglicherweise erneut verdienen.

Frau Merkel muß in den noch sehr wichtigen Entscheidungen Unabhängigkeit, Detailübersicht, Standfestigkeit und Geradlinigkeit beweisen. Wenn es sein muß, sogar gegen den Verabredungen mit dem Koalitionspartner. Diese werden gewiß die Koalition nicht verlassen, denn die SPD ist derzeit noch schlimmer dran als die Konservativen. Die SPD benützt derzeit die Regierungsbühne doch nur noch, um sich zu profilieren.

Kanzlerin Merkel sollte durch standfeste Entscheidungen auf internationaler Ebene zeigen, daß sie den Interessen der deutschen Bevölkerung gegenüber dem politischen Druck aus der EU oder aus anderen Ländern den Vorrang gibt.

Andernfalls sind die Fehler während ihrer Legislaturperiode in keiner Weise zu unterscheiden von den Fehlern jener Bank- und Industrievorstände, die zurzeit reihenweise den Hut nehmen müssen. *

„Mein Freund, das CO₂“*Fortsetzung von Seite 2*

Autobahnen mit diesen Geschwindigkeiten unterwegs zu sein. Der Deutsche schafft das anscheinend nicht, denken wir an die unsinnige „Richtgeschwindigkeit“ mit 130 km/h zurück.

Und noch ein riesiges Sparpotential liegt im Straßenverkehr auf Grund von Unwissenheit verborgen:

Viele Autofahrer fahren auch bei Sonnenschein am Tage mit dem Abblendlicht. Dabei kostet es pro 100 km ca. 0,2 – 0,5 l Sprit, wenn die Lichter brennen. Energie kostet nun einmal Geld und die muss auch im Auto produziert bzw. umgewandelt werden. Aber wer weiß das schon von den grünen Naturfreunden?

Wer bei Tag und normalen Lichtverhältnissen den entgegenkommenden Verkehrsteilnehmer ohne dessen eingeschaltete Scheinwerfer nicht wahrnimmt, ist fahruntüchtig und hat im Straßenverkehr nichts zu suchen. Die Österreicher haben diese Unsitte wieder abgeschafft, die Deutschen äffen es nach, ohne dass ein Gesetz es vorschreibt. Tausende, ja Millionen Liter Treibstoff werden so täglich auf unseren Straßen verpulvert.

Herr, hilf ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun! *



**Freundeskreis
Europa Berlin e.V.**
www.freundeskreis-europa-berlin.de

Werner Fuhrmann, D-13359 Berlin

„Wir Bürger des vereinten Berlin, Deutschland u. Europa sagen Danke“!!!

Liebe Berlinerinnen u. Berliner, liebe Europa – Freunde!

Am 19. August 2009 finden in Sopron/Ungarn die Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag der „Grenz-Zaun-öffnung“ statt. Mutige Bürger hatten am 19. August 1989 innerhalb des ersten in der Nähe des dortigen Grenzzauns stattfindenden

PAN EUROPA PICKNICK

Aufgrund einer spontanen Idee den Zaun nach Österreich „durchtrennt“! Aus diesem Anlass hat der Freundschaftskreis Europa Berlin e.V. mit organisatorischer Unterstützung der Europäischen Kommission in Deutschland hier in Berlin das Projekt Sopron 2009 ins Leben gerufen. Ziel des Projekts ist es, ein Denkmal des zusammengeführten Europas zu errichten.

Nach der feierlichen Enthüllung am 19. August 2009 in Sopron/Ungarn soll dieses Denkmal mit Parkanlage ein Europäischer u. internationaler Treffpunkt der Erinnerung, Begegnung aber auch Mahnung gegen das Vergessen sein! Dieses Denkmal steht dann ebenfalls wie unser Brandenburger Tor in Berlin, nicht nur für den friedlichen Fall des „Eisernen Vorhangs“, sondern auch für

Frieden, Freiheit und Verantwortung in EUROPA sowie den Frieden in der Welt!

Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie das Projekt durch einen Beitrag unterstützten würden. Auch der kleinste Betrag der in Dankbarkeit von Herzen kommt, wird dazu beitragen, dieses Projekt gegen das Vergessen zu verwirklichen.

Mit meinem herzlichen Dankeschön grüße ich Sie im Namen des gesamten Vorstandes recht herzlich und stehe für Informationen jederzeit zur Verfügung!

Ihr Werner Fuhrmann
Vorsitzender

Anschrift: Werner Fuhrmann, Wollankstr. 52, D-13359 Berlin
Bankverbindung des Vereins Freundeskreis Europa Berlin e.V.:
Einzahlungskonto: 1077400 – BLZ: 10020500 Bank für Sozialwirtschaft – Berlin
Verwendungszweck: Projekt Sopron 2009
- Spendenbescheinigungen werden auf Wunsch ausgestellt -

Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren!

Benjamin Franklin

E. Philipp, 85716 Unterschleißheim

Vorschlag zur Bewerber-Selektion

Falls einmal nicht ganz klar ist, in welcher Abteilung Stellenbewerber untergebracht werden sollen, nachfolgend eine kleine Anleitung:

1. 400 Ziegelsteine in einen sonst leeren Raum bringen
2. Alle Bewerber in diesen Raum führen und Türe schließen
3. Bewerber alleine lassen und nach 6 Stunden wieder kommen
4. Analyse der Situation:
 - a) Wer die Steine gezählt hat: Buchhaltung
 - b) Wer die Steine mehrfach gezählt hat: Revision
 - c) Wenn die Steine wild im ganzen Raum verteilt sind: Forschung & Entwicklung
 - d) Wenn die Steine in einem undurchschaubaren System angeordnet sind: Planung
 - e) Wenn sie sich gegenseitig mit den Steinen bewerfen: Betriebsleitung
 - f) Wer schläft: Werkschutz
 - g) Wenn die Steine in kleine Stücke zerbröselt sind: IT
 - h) Wer nur herumsitzt: Personalabteilung
 - i) Wer bereits nach Hause gegangen ist: Marketing
 - j) Wer nur aus dem Fenster schaut: Strategische Planung
 - k) Wenn man aufgereggt miteinander redet und kein einziger Stein bewegt worden ist: Topmanagement *

F.-J. Schoeller, Botschafter a. D., 53113 Bonn

Korrektur zum Beitrag in der Ausgabe Nr. 2 des Denk! Mal! vom Dezember 2009

Zu meinen Anregungen für die Initiative EuroDefense, veröffentlicht auf den Seiten 1,8 und 9 in der o.a. Ausgabe, ist mir folgende Korrektur wichtig:

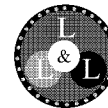
Ich habe geschrieben: „Die Atlantische Allianz begründete im April 1949 mit dem Artikel 5 ein kollektives Verteidigungsbündnis. Im Jahre 1951 wurde die NATO als der militärische Arm der Atlantischen Allianz vereinbart“. Mir ist die Unterscheidung zwischen Atlantischer Allianz von 1949 und NATO von 1951 wichtig. Die Atlantische Allianz darf nie in Frage gestellt werden. Im Gegenteil verdient die Atlantische Allianz jede nur mögliche politische, militärische, wirtschaftliche und kulturelle Verzahnung.

Anders dagegen die NATO. Hier ist anzusetzen und eine neue Sicherheitskonzeption auszuarbeiten, in der Russland als Vollmitglied ein Mitspracherecht hat. *

Über den Herausgeber:

Der im März 1993 ins Leben gerufene und als gemeinnützig geltende

**Verein Leben & Leben Lassen -
zur Verwirklichung der Menschenrechte - e.V.**



mit Sitz in Unterschleißheim bei München ist, wie der Name sagt, ein Verein zur Wahrung und Verwirklichung der Menschenrechte.

Die Arbeit des Vereins basiert auf dem Verständnis der Menschenrechte, wie sie in den betreffenden Konventionen der Vereinten Nationen Niederschlag gefunden haben.

Jeder kann sich in Bezug auf Menschenrechtsfragen an den Verein wenden, der gleichzeitig Herausgeber der Zeitschrift „DENK! MAL!“ ist.

Weitere Informationen erhalten Sie über

Homepage: www.lebenundlebenlassen.org

E-Mail: info@lebenundlebenlassen.org

Tel.: +49-89-3106999

Fax: +49-89-32155805

Bankverbindung: Kto Nr. 42 12 52 52

Stadtsparkasse München BLZ 70150000

Impressum:

Anschrift Lustheimer Str. 4 b, 85716 Unterschleißheim
 Herausgeber Verein Leben & Leben Lassen – zur Verwirklichung der Menschenrechte e.V.
 Chefredakteur Massoud Harun-Mahdavi (V.i.S.d.P.)
 Redaktion Wilhelm Dietl, Karl-Heinz Nagel, Elisabeth Philipp, Bernd Rill
 Verlag D.i.E.

Namentlich gekennzeichnete Artikel entsprechen nicht zwingend der Meinung der Redaktion. Die Verantwortung für den Inhalt trägt der Verfasser.